

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

SPD nimmt Staatsregierung in die Pflicht

Sozialdemokraten fordern ein Hochschulentwicklungskonzept

Nach dem Aus für einen großen neuen Hochschulstandort auf dem früheren AEG-Gelände nimmt die Nürnberger SPD-Spitze nun die Staatsregierung in die Pflicht. „Der Ankündigung von drei CSU-Staatsministern im Dezember 2013 folgte nichts. Stattdessen wurden drei wertvolle Jahre vertrödelte“, kritisiert SPD-Chef Thorsten Brehm. „Nun muss die Staatsregierung endlich mehr liefern als unverbindliche Ankündigungen.“

Konkret fordert Brehm ein Hochschulentwicklungskonzept für Nürnberg, das die Bedarfe der Friedrich-Alexander-Universität und Technischen Hochschule ermittelt, konkrete Standorte benennt, einen Realisierungszeitplan vorlegt und das Ganze auch mit finanziellen Mitteln im Landeshaushalt hinterlegt. „Wir brauchen nun einen großen Wurf und ein stimmiges Gesamtkonzept. Alles andere ist Stückwerk“, unterstreicht der SPD-Vorsitzende seine Forderung.

Für Anja Pröll-Kammerer wird die Staatsregierung dabei auch die Frage zu beantworten haben, ob der Standort AEG zumindest ein kleiner Campus bleiben kann. „Schon jetzt sind dort einige Hochschul- und Forschungseinrichtungen angesiedelt, die eine räumliche aber auch finanzielle Perspektive brauchen“, meint die SPD-Fraktionsvorsitzende. „Vielleicht gelingt es uns zumindest, einzelne Bausteine einer großen Wissenschaftsmeile entlang der Fürther Straße zu stärken und weiter zu entwickeln.“

Klar ist für die Sozialdemokratin auch, dass die Erziehungswissenschaften erst nach Erlangen ziehen können, wenn die technischen Disziplinen einen Standort in Nürnberg haben. „Nürnberg hat im Vergleich zu anderen Großstädten viel zu wenig Studierende und großen Nachholbedarf. Wenn die Staatsregierung endlich ihre Hausaufgaben macht, werden wir das gerne konstruktiv aufnehmen und seitens der Kommunalpolitik unseren Beitrag zur Stärkung des Hochschul- und Forschungsstandorts leisten“, versprechen die beiden.

Nürnberg, 11. Januar 2017